



Medienmitteilung

Zürich, 28. August 2020

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 31. August 2020

Fokusthema: **Bauen**

Fristerstreckungen und Vollzugslockerungen für Sexualstraftäter

Der Zürcher Kantonsrat wird am kommenden Montag den ganzen Tag über Bau-Themen diskutieren. Zu Beginn der Sitzung stehen aber noch zwei Fristerstreckungen und die Beantwortung einer dringlichen Interpellation an. Die von der Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragten Erstreckungen der Fristen für die Berichterstattung und Antragstellung zu Postulaten betreffend Attraktive Ortskerne ([5627](#)) und Innovationen für eine nachhaltige Mobilität ([5636](#)) sind unumstritten. Derweil könnte die vom Regierungsrat im Rat vorgetragene Antwort auf die dringliche Interpellation ([KR-Nr. 273/2020](#)) von Nina Fehr Düsel für eine angeregte Debatte sorgen. Die SVP-Kantonsrätin hat dem Regierungsrat mit Unterstützung der EVP im Zusammenhang mit der Flucht eines Sexualstraftäters aus der geschlossenen Anstalt Rheinau verschiedene Fragen zu Vollzugslockerungen für Sexualstraftäter gestellt.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35
Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), 079 508 76 40

Kies- und Aushubtransporte sollen auf die Schiene

Mindestens ein Drittel des abgebauten Kieses und des Baustellen-Aushubs soll im Kanton Zürich in Zukunft auf der Schiene transportiert werden. Der Kantonsrat hat Ende Mai die dazu notwendigen Gesetzesänderungen in erster Lesung beschlossen ([5533](#)). Nach Bereinigung kleiner, unumstrittener redaktioneller Änderungen, welche die Redaktionskommission (REDKO) vorgeschlagen hat, ist am Montag die Schlussabstimmung geplant. Mit der Vorlage soll der Lastwagen-Verkehr zwischen Grossbaustellen und den grossen Kiesabbaugebieten und Deponien für Baustellen-Aushub reduziert werden.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich) 076 488 28 55

Bewilligung von Objektkrediten für Gefängnis in Winterthur und Zeughäuser in Zürich

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) empfiehlt dem Kantonsrat einstimmig, den Objektkredit für den Neubau des Gefängnisses Winterthur, den Rückbau des alten Gefängnisses und den Umbau der Bezirksanlage Winterthur über 89 Millionen Franken anzunehmen ([5580](#)). Die Kommission hat angeregt, die Bepflanzung der Umgebung konsequent nachhaltig und ökologisch stimmig vorzunehmen. Das ist ohne kostenrelevanten Antrag möglich. Die Baudirektion hat das Anliegen für weitere Projekte aufgenommen. Ebenfalls zur Annahme empfiehlt die KPB den Objektkredit von 48 Millionen für Teile der baulichen Massnahmen zur Bereiterstellung der Zeughäuser für die künftige Nutzung durch die Stadt Zürich und zur Deckung des Einnahmeverzichts aufgrund der Einräumung des Baurechts zugunsten der Stadt ([5592](#)).

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Kreditabrechnungen, kantonale Immobilien und Raumplanung

Kaum lange Diskussionen dürfte es bei einer ganzen Reihe von Geschäften geben, bei denen die Kommission für Planung und Bau (KPB) die Anträge des Regierungsrats ohne Änderungen übernommen hat. Allein drei Geschäfte betreffen Bewilligungen von Kreditabrechnungen: der Kredit für den Ersatzneubau an der Stampfenbachstrasse in Zürich ([5476](#)), der Objektkredit für die Erstellung des Zürichseewegs mit Personenunterführungen in Wädenswil und Richterswil ([5483](#)) sowie der Kredit für die Ausarbeitung des Projekts mit Umweltverträglichkeitsbericht zum Bau der Oberlandautobahn zwischen Uster und Hinwil ([5475](#)). Mit der Vorlage [5568](#) beantragt die KPB wie der Regierungsrat, ein Postulat als erledigt abzuschreiben, mit dem SVP und CVP gefordert hatten, bei kantonalen Hochbauprojekten auf einen höheren Baustandard als Minergie zu verzichten. Alle diese Debatten finden in reduzierter Form statt. Eine freie Debatte ist hingegen zum Raumplanungsbericht 2017 des Regierungsrats geplant ([5470](#)). Obschon der Kantonsrat dabei lediglich die Möglichkeit hat, vom Bericht Kenntnis zu nehmen, ist mit einer längeren Diskussion zu rechnen, weil die räumliche Entwicklung des Kantons generell ein kontrovers diskutiertes Thema ist.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Diskussion über Gültigkeit der «Holzinitiative»

Mit einer Einzelinitiative, die 2017 von 74 Kantonsratsmitgliedern vorläufig unterstützt wurde und nun zur Beratung ins Parlament kommt, fordert eine Privatperson aus Sternenbergl, dass Richtlinien geschaffen werden, um den Einsatz von Holz aus dem Kanton Zürich zu fördern und die vermehrte Vergabe von Bauaufträgen an Zürcher Unternehmen zu ermöglichen ([5493](#)). In der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) fand das Anliegen keine Mehrheit, sie lehnt die Initiative ab. Eine Minderheit von FDP und SVP folgt dem Antrag des Regierungsrats und will die Initiative aus formellen Gründen für ungültig erklären. Eine weitere Minderheit beantragt indes, der Einzelinitiative zuzustimmen und den Regierungsrat mit der Ausarbeitung einer Vorlage zu beauftragen, die dem Initiativbegehren entspricht.

- WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05
- Minderheit: Martin Farner (FDP, Stammheim), 079 470 09 84
- Minderheit: Birgit Tognella-Geertsen (SP, Zürich), 079 233 25 67

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Roman Schmid, Kantonsratspräsident, 079 581 88 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12